

Flucht nach Sachsen-Anhalt: Landespolitische Strategien und Perspektiven

Dr. Christa Dieckmann

Abstract

Seit dem Sommer 2015 sind so viele Asylsuchende nach Sachsen-Anhalt gekommen wie nie zuvor. Die hohe Zahl von Schutzsuchenden stellt das Land auf absehbare Zeit vor erhebliche Herausforderungen. Das Land sowie die Landkreise und kreisfreien Städte als Aufnahmekommunen haben hierauf unverzüglich mit einem verstärkten Ausbau der Unterbringungs- und Betreuungskapazitäten reagiert. Zugleich wurden in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Prozessabläufe der Aufnahme und des Asylverfahrens wesentlich effizienter gestaltet und beschleunigt sowie ein neues Konzept für die Unterbringung in den Erstaufnahmeeinrichtungen umgesetzt.

Der Zustrom von Asylsuchenden ist für Sachsen-Anhalt, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance. Damit diese Chance genutzt wird, strebt das Land eine schnellstmögliche Integration insbesondere der Geflüchteten mit guter Bleibeperspektive und eine weitere Verbesserung der Willkommenskultur an. Hierfür wurden bereits zahlreiche Maßnahmen auf zentralen Handlungsfeldern der Integration auf den Weg gebracht.

Die in Deutschland, im Vergleich zu vielen anderen Staaten, sehr weitreichende Praxis der Schutzgewährung lässt sich auf Dauer nur aufrechterhalten, wenn Menschen, bei denen das Asylverfahren ergeben hat, dass sie keinen humanitären Schutz benötigen, Deutschland regelmäßig wieder zeitnah verlassen müssen. In diesem Kontext setzt Sachsen-Anhalt im Rahmen eines integrierten Rückkehrmanagements vorrangig auf die Förderung der freiwilligen Rückkehr. Erfolgt keine freiwillige Ausreise, werden bestehende Ausreisepflichten notfalls aber auch konsequent zwangsweise durchgesetzt.

Referentin

Dr. Christa Dieckmann ist seit Frühjahr 2015 Leiterin der Abteilung „Kommunal- und Hoheitsangelegenheiten, Migration und Sport“ im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt. Im Nebenamt wurde ihr zudem die Aufgabe der Landeswahlleiterin übertragen. Zuvor war sie im früheren Regierungspräsidium Magdeburg sowie im Innenministerium in verschiedenen Funktionen tätig. Insbesondere war sie langjährige Leiterin des Referats für Staatsangehörigkeit, Personenstand, Meldewesen, Recht der Vertriebenen, Ausländer und Integration im Ministerium.